

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Gefahren des Linksextremismus in Berlin endlich ernst nehmen und konsequent bekämpfen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Kampf gegen jegliche Form von Extremismus gemäß den tatsächlichen Bedrohungs- und Gefahrenpotentialen zu führen. Speziell die Bedeutung und Gefährlichkeit, die vom Linksextremismus ausgehen, müssen endlich ernst genommen und die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.

Dazu gehört u.a. die Abteilung 5 des Landeskriminalamts (LKA), die sich u. a. mit Linksextremismus und Linksterrorismus befasst, sowie die Abteilung II der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die u. a. für die Strukturüberwachung Linksterrorismus und Linksextremismus zuständig ist, personell zu stärken und den zuständigen Beamten für die effektive Verfolgung eine moderne und auf dem neuesten Stand der Technik basierende Ausstattung an die Hand zu geben.

Begründung

Jede Form des Extremismus hat in unserer Hauptstadt keinen Platz. Extremismus führt zu Kriminalität, Gewalt bis hin zum Terrorismus. Extremistische Ideologien stellen eine Gefahr für die demokratischen Werte unseres Landes dar und verschärfen soziale Konflikte bis hin zur Polarisierung der Gesellschaft. Extremismus verursacht wirtschaftliche Schäden durch erhöhte Sicherheitsausgaben und potentielle Auswirkungen auf den lokalen Wirtschaftsstandort. Jedoch ist es in der Vergangenheit politisch versäumt worden, die Gefahren, die auch vom Linksextremismus ausgehen, klar zu benennen und diesem entschieden entgegen zu treten.

Dass auch am linken Rand des Extremismus viel los ist, hat die jüngste Vergangenheit gezeigt. Die Festnahme der RAF-Terroristin Daniela Klette in Berlin und der Brandanschlag der linksextremistischen „Vulkangruppe“ auf die Stromversorgung des Tesla-Werks in Grünheide haben ein Schlaglicht auf die linksextremistische Szene geworfen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz führt in seinem Verfassungsschutzbericht 2022 zu den Entwicklungstendenzen des Linksextremismus aus: „Das linksextremistische Personenpotenzial ist im Jahr 2022 um 1.800 auf nunmehr 36.500 Personen angewachsen, darunter 10.800 (2021: 10.300) gewaltorientierte Linksextremisten.“¹ Zum Vergleich werden im selben Zeitraum 38.800 Menschen dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet, darunter 14.000 gewaltorientierte Personen.² Auch laut der Kriminalstatistik Berlin zur politisch motivierten Kriminalität (PMK Berlin 2023 -Kurzüberblick-³) stieg die Gesamtfallzahl Kriminalität -links- um 18 % auf 1.128 Fälle gegenüber dem Vorjahr. Hinzu kommt, dass die Gewalttaten im Bereich -links- in absoluten Zahlen auf einem ähnlichen Niveau wie die im Bereich -rechts- liegen (117 -links- und 123 -rechts-). Jedoch sanken diese Zahlen prozentual betrachtet nur um 5,6 % bei -links- im Vergleich zu -10,2 % bei -rechts- gegenüber dem Vorjahr. Des Weiteren stiegen die Sachbeschädigungsdelikte im Bereich -links- um +16,9 % auf 483 Fälle und die Nötigungs- und Bedrohungsdelikte um +54,6 % auf 380 Fälle gegenüber dem Vorjahr. Dass die Gefahren des Linksextremismus und die damit verbundene Kriminalität stärker in den Fokus genommen werden müssen, zeigen auch die Zahlen⁴ zu den Tatverdächtigen. Im Jahr 2023 gab es in Berlin insgesamt 3.587 Tatverdächtige, die der PMK -links- zugeordnet wurden. Davon 154 Tatverdächtige im Zusammenhang mit Gewaltdelikten. Zum Vergleich: Im Bereich PMK -rechts- gab es im Jahr 2023 1.054 Tatverdächtige, wovon 73 Tatverdächtige im Zusammenhang mit Gewaltdelikten erfasst wurden.

Die Festnahme von Daniela Klette und die weitere Fahndung nach den noch flüchtigen Ex-Angehörigen der sogenannten dritten Generation der Rote Armee Fraktion (RAF) Burkhard Garweg und Volker Staub hat in der linksextremistischen Szene Solidaritätsbekundungen ausgelöst.

So äußerte der linksextremistische Rote Hilfe e. V.: „Die heutige Festnahme von Daniela Klette ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Verfolgungswut und dem staatlichen Rachebedürfnis gegen ehemalige Mitglieder der Stadtguerilla-Gruppe.“⁵

In Berlin-Kreuzberg, wo Daniela Klette unter falschem Namen gelebt hatte und Burkhard Garweg bis vor Kurzem in einer Bauwagensiedlung gewohnt haben soll, fand eine Solidaritätsdemonstration unter dem Motto statt: „Stoppt den Staatsterrorismus - Solidarität mit den Untergetauchten und Gefangenen“.

Mitglieder der linksextremen Szene sabotieren mit gezielten Hinweisen auf die LKA-Einheiten die weiteren Fahndungsmaßnahmen. Auf der Internetseite Indymedia wurden Fotos von zivilen Polizeitransportern, Nummernschilder von Spezialeinsatzkommandos aus Berlin und Niedersachsen und Orte von Einsatzvorbereitungen veröffentlicht.

¹ Bundesamt für Verfassungsschutz - Verfassungsschutzbericht 2022 (Seite 126)

² Bundesamt für Verfassungsschutz - Verfassungsschutzbericht 2022 (Seite 51)

³ PMK Berlin 2023 -Kurzüberblick- :<https://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik/>

⁴ Schriftliche Anfrage 19/18624

⁵ <https://www.rote-hilfe.de/news/bundesvorstand/1280-zur-verhaftung-von-daniela-klette>

Auch im Fall der verurteilten Linksextremistin Lina E. kam es zu Solidaritätsbekundungen aus der linksextremistischen Szene.

Solidarität mit Schwerstkriminellen in Teilen der Linken ist längst Normalität in Berlin. Auch die Antwort des Senats auf die Frage, wie der Senat aktuell das Radikalisierungspotenzial der linken Szene bewertet, und welche konkreten Gefahren damit einhergehen, lässt aufhorchen. Der Senat führt hierzu in seiner Antwort aus: „In Teilen der linksextremistischen Szene Berlins findet kein akuter, aber ein über einen längeren Zeitraum andauernder schleichender Radikalisierungsprozess statt. Beispiele für diesen Radikalisierungsprozess sind die Inkaufnahme schwerer Verletzungen bei linksextremistischen Gewalttaten, eine verschärfte Tonlage gegenüber politischen Gegnerinnen und Gegnern und die Verschiebung der potentiellen Zielauswahl linksextremistischer Aktivitäten von einer institutionellen auf eine persönliche Ebene. Wie in anderen extremistischen Phänomenbereichen auch, ist mit Radikalisierungsprozessen insbesondere die zumindest abstrakte Gefahr verbunden, zur Durchsetzung bestimmter Ziele illegitime Mittel, bis hin zur Anwendung von Gewalt, zu befürworten, zu unterstützen und/oder einzusetzen.“⁶

Es ist somit nicht verwunderlich, dass die RAF-Terroristen Daniela Klette und Burkhard Garweg in Berlin einen Unterschlupf finden und über Jahrzehnte hinweg ein recht öffentliches Leben führen konnten.

Umso verwunderlicher ist es aber, dass der Verfassungsschutz und die Sicherheitsbehörden im Land Berlin keinen nennenswerten Beitrag zum Fahndungserfolg der RAF-Terroristin Daniela Klette beitragen konnten.

Aus diesem Grund ist es geboten, die Abteilungen, die mit der Verfolgung und Bekämpfung des Linksextremismus befasst sind, zu stärken. Dies gilt auch unabhängig von der Bewertung, ob in der Vergangenheit die Bekämpfung des Linksextremismus in Berlin vernachlässigt worden sei oder nicht. Der Linksextremismus ist eine ernstzunehmende Gefahr für die Sicherheit und das Zusammenleben in Berlin und muss stärker in den Fokus genommen werden, bevor sich der schleichende Radikalisierungsprozess in diesem Bereich verstetigen und sich linksextremistische Strukturen verfestigen können.

Die Festnahme von Daniela Klette und der Fund schwerer Waffen bei ihr haben gezeigt: Die Täter sind unter uns, und sie sind noch immer hochgefährlich. Es ist höchste Zeit die Blindheit auf dem linken Auge zu beseitigen und den Linksextremismus als ebenso große Gefahr für unser Gemeinwesen und unsere Demokratie zu sehen wie den Rechtsextremismus.

Berlin, 8. April 2024

Dr. Brinker Gläser Woldeit
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

⁶ <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-14964.pdf>